



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 21.03.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 27.06.2011, 15:30 Uhr bis 19:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Frau Marion Lüttig	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Yvonne Gebauer	FDP
Herr Martin Schöppe	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hildegard Fuhrmann Auf Vorschlag der SPD

Herr Rolf Büschgens auf Vorschlag der CDU

Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Dahm	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jörg Uckermann	Auf Vorschlag von pro Köln
---------------------	----------------------------

Für die Evangelische Kirche

Frau Beate Habets

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Elke Hoheisel-Adejolo	auf Vorschlag der Linken
----------------------------	--------------------------

Für die Katholische Kirche

Frau Christiane Mauritz

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrates

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
----------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hanne Kirchhoff	auf Vorschlag der SPD
Herr Peter Fellmann	Auf Vorschlag der FDP

Für die Bezirksschülervertretung

Frau Judith Häuser

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ashkan Lange

auf Vorschlag der FDP

Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Fevzi Bayrak

auf Vorschlag des Integrationsrates

Die Verwaltung teilt mit, dass die Niederschrift zur Ausschuss-Sitzung vom 21.03.2011 erneut umgedruckt wurde. Zu dieser Niederschrift gehört als Anlage die Mitteilung zur Schule Garthestr.

Zur Tagesordnung

Die Sitzung beginnt mit einer Schweigeminute in Gedenken an den Schüler, der an der Gemeinschaftshauptschule Seeberg bei einer tätlichen Auseinandersetzung unter Schülern ums Leben kam.

TOP 5.5 **Bestellung des Schriftführers –Herr Bernecker-** wird vorgezogen auf TOP 0.2

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die **Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst** vorgestellt von Frau **Barbara Mück** und Herrn **Andreas Hildebrandt** von der Sozialraumkoordination.

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

TOP 3.2.3 bis 3.2.8: Die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen unter TOP 3.2.2, 3.2.3 und zu TOP 3.2.5 bis 3.2.8 werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Der Umdruck zur Anfrage AN/1261/2011 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen unter TOP 3.2.5 wurde falsch mit der Aufschrift „TOP 2.2.5“ versehen.

Die Anlagen 7 und 8 zu TOP 5.2 wurden nachgereicht als Tischvorlage.

TOP 5.7 bis 5.15 (Anlage 17 zu TOP 5.12 und TOP 5.15 wurden als Tischvorlage nachgereicht).

Auf Wunsch der Politik sollen TOP 5.12 und TOP 5.4 (Bäderkonzept) ohne Votum in den weiteren Beratungslauf gegeben werden und in der nächsten Sitzung nochmals diskutiert werden. Außerdem wird gewünscht, TOP 3.2.2 mit TOP 5.2 gemeinsam zu behandeln.

Die TOP 6.1.1 und 6.4 werden zusammen gelegt. (Die Unterlagen zu TOP 6.4 liegen als Tischvorlage vor.)

Bei TOP 6.3.2 handelt es sich um die Beantwortung einer Anfrage. Der TOP wird daher als TOP 3.2.9 behandelt.

TOP 6.3.3 bis 6.3.14 (davon TOP 6.3.12 bis 6.3.14 als Tischvorlage).

TOP 12.5 bis 12.10 (davon 12.10 als Tischvorlage)

Zu TOP 13.1 wurde der anliegende Prüfbericht irrtümlich dreifach umgedruckt.

TOP 13.2 bis TOP 13.3 (davon liegt die Anlage zu TOP 13.3 als Tischvorlage vor)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- . Gedenkminute zum Tode eines 14-jährigen Schülers der Gustav-Heinemann-Hauptschule in Köln-Seeberg
- 0.1 Verpflichtung und Einführung einer Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme im Ausschuss für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 1, 3 oder 4 GO
- 0.2 Bestellung des Schriftführers und der 1. stellvertretenden Schriftführerin (ausgewiesen als "TOP 5.5")
- 0.3 Vortrag über die Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst

1 Niederschriften

- 1.1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 09.05.2011, 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119
- 1.1.2 Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 16.05.2011, 14:00 Uhr bis 15:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)
- 1.1.3 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 21.03.2011, 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119
- 1.1.4 Auszug aus dem Beschlussprotokoll über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 17.05.2011, 14:10 Uhr bis 17:35 Uhr, Ratssaal

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Eingabe an den Beschwerdeausschuss (Az. 02-1600-2/10) Ferienbetreuung bei Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung 5482/2010 1696/2011

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Schultoilettenkonzept
2093/2011

3.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
AN/1186/2011

Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg 34, 50769 Köln-
Worringen
2480/2011

3.2.3 Ferienförderkurse für Kölner Schülerinnen und Schüler
AN/1183/2011

Beantwortung der Anfrage der FDP- Fraktion AN/1183/2011
2645/2011

3.2.4 Sprachstandserhebungen, Verwaltungsmitteilung 0981/2011
AN/1248/2011

3.2.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
AN/1261/2011

AN/1261/2011 - Schulanmeldezahlen
2609/2011

3.2.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
AN/1275/2011

Gesamtschule Bezirk 5
2622/2011

3.2.7 Unterstützungsangebote im Umgang mit auffälligen Schülern
AN/1312/2011

3.2.8 Anfrage der CDU-Fraktion
AN/1313/2011

Errichtung von Gemeinschaftsschulen in Köln
2643/2011

3.2.9 Mehr Raumkapazitäten für den Sport (ausgewiesen als "6.3.2")
2123/2011

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 Albertus-Magnus-Gymnasium Ottostrasse 87, 50823 Köln - Erweiterung der Zügigkeit sowie Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaues inkl. Turnhalle
1415/2011

5.2 Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg 34, 50769 Köln (Worringen) zum 31.07.2011
1647/2011

Auszug aus der Niederschrift der 15. Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 12.05.2011

Vorläufiges Beschlussprotokoll über die 14. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 23.05.2011, 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

5.3 Bau einer Schulsportfreianlage am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Str. / Nachtigallenstraße
Baubeschluss und Planungsbeschluss (Funktionsgebäude)
0714/2011

5.4 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln
hier: Bäderzielplan auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 29.01.2008 für 2011 bis 2015
2008/2011

5.5 Bestellung des Schriftführers und der 1. stellvertretenden Schriftführerin
2150/2011

5.6 Generalinstandsetzung der Klassentrakte der KGS und GGS Erlenweg 16 in 50827 Köln-Bickendorf
Baubeschluss
1998/2011

5.7 Einrichtung eines Bildungsganges:
Allgemeine Hochschulreife mit beruflicher Qualifikation
(Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen und Controlling)
in der Berufsfachschule Wirtschaft und Verwaltung mit fachlichem Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaften am Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln (BK 04)
2214/2011

5.8 Friedrich-List-Schule, Gemeinschaftsgrundschule (GGs) Breitenbachstraße 2, 51149 Köln, Beschluss zur Planungsaufnahme für den Abriss des bestehen-

den Schulgebäudes und Neubau einer 2-zügigen Grundschule mit 1-fach Sporthalle
0359/2011

- 5.9 Kaiserin-Theophanu-Gymnasium, Kantstr. 3, 51103 Köln-Kalk
hier: Erhöhung der Zügigkeit und damit verbundener weiterer Neubau
0861/2011
- 5.10 Umsetzung der Pilote zum Ratsbeschluss und zu den Beteiligungsprozessen
"Die Zukunft unserer Schulen"
2466/2011
- 5.11 Förderschule Sportplatzstr. 82-86, 51147 Köln (Wahnheide), Optimierung der
räumlichen Situation zur Förderung der inklusiven Zusammenarbeit mit be-
nachbarten allgemeinen Schulen
0888/2011
- 5.12 Gemeinschaftsschulen für Köln, 2. Antragsrunde
2418/2011
- 5.13 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbau mit Sporthalle für
das Genoveva-Gymnasium, Genovevastr. 58-62, 51063 Köln
2082/2011
- 5.14 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend-
und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ e.V.) als Träger der Tages- und Abend-
schule im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2011 bis 2013
2084/2011
- 5.15 Planungsaufnahme zur Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderli-
chen Nebenräumen für die OGTS der Gemeinschaftsgrundschule Leuchter-
straße, Leuchterstr. 25, 51069 Köln (Dünnwald)
1677/2011

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
 - 6.1.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung
und Neubau
mündliche Nachfragen zu einzelnen Maßnahmen (TOP 6.4.1 der Sitzung am
21.03.2011)
1708/2011

- 6.2 Mitteilung der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.3.1 Netzwerk Erziehung in Schule (NEIS)
1735/2011
 - 6.3.2 Mehr Raumkapazitäten für den Sport (verschoben nach 3.2.9)
 - 6.3.3 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011
 - 6.3.4 Kölner Netzwerk Bürgerengagement

Veröffentlichung der Broschüre "Bürgerschaftliches Engagement für Kölner Schulen - aktuelle Beispiele aus der Engagementpraxis 2010/2011"
2460/2011
 - 6.3.5 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand und Dokumentation Auftaktveranstaltung
2380/2011
 - 6.3.6 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2172/2011
 - 6.3.7 Grundschulverbund Annastraße
Auslaufen des katholischen Teilstandortes
2343/2011
 - 6.3.8 Deutscher Schulpreis 2011
2462/2011
 - 6.3.9 Programm "Mittagspause PLUS" - Standards -
2454/2011
 - 6.3.10 Kultur und Schule
2075/2011
 - 6.3.11 Platzkontingente der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich
2549/2011
 - 6.3.12 Mitteilung der Verwaltung zur gewaltsamen Auseinandersetzung mit Todesfolge an der Gustav-Heinemann-Hauptschule in Köln-Seeberg
2594/2011

6.3.13 Herkunftssprachlicher Unterricht an der Henry-Ford-Realschule Karl-Marx-Allee
2630/2011

6.3.14 Stellen Schulsozialarbeit
2606/2011

6.4 Mitteilung über den Sachstand der Schulbausanierung

Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau
2651/2011

7 Anfragen

8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Gedenkminute zum Tode eines 14-jährigen Schülers der Gustav-Heinemann-Hauptschule in Köln-Seeberg

0.1 Verpflichtung und Einführung einer Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme im Ausschuss für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 1, 3 oder 4 GO

Frau Manderla verpflichtet Frau Christiane Mauritz gemäß dem Beschluss des Rates vom 26.05.2011 als Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz NRW.

0.2 Bestellung des Schriftführers und der 1. stellvertretenden Schriftführerin (ausgewiesen als "TOP 5.5")

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für die restliche Zeit der Wahlperiode des Rates (2009 bis 2014) Herrn Hans Michael Bernecker – 400/5 - zum Schriftführer. Frau Uta Schwier bleibt erste stellvertretende Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

0.3 Vortrag über die Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst

Frau Mück stellt den Sachstand der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst vor (vgl. die Folien in der Anlage 1 zum Protokoll) und Herr Hildebrandt, Sozialraumkoordinator, formuliert Wünsche für die Zukunft.

Der Rat hat 2008 das Projekt Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst beschlossen, für welches die GAG die Patenschaft übernahm. Am 25.11.2010 übergab die GAG die Koordinierung an die Stadt Köln.

Agiert wird auf 2 Handlungsebenen: Der pädagogische Arbeitskreis erarbeitet ein Konzept für den Gesamtzusammenhang aller Bildungsaktivitäten vor Ort und der räumliche Arbeitskreis die pädagogisch-architektonischen und wohnungspolitischen Aspekte.

Als Beispiel für die konkrete Arbeit legt Frau Mück Infozettel zum schulformübergreifenden Projekt „Sonst passiert was“ aus, das sich mit Ausgrenzung und Mobbing beschäftigt.

Ziel der Arbeit ist die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft.

Beteiligt an der Bildungslandschaft sind u.a. 5 Grundschulen, 2 weiterführende Schulen und die Förderschule Lernen Kapellenstraße. Eckpunkte der Bildungslandschaft sind die Hauptschule Nürnberger Str., die Montessori-Grundschule (eine Außenstelle der Ferdinandstraße), das Schulgebäude in der Schulstraße (bis zu den Sommerferien genutzt durch die GGS Zehnthofstraße, steht danach leer), die Kindertagesstätte Augsburger Str. (zur Zeit noch in Containern untergebracht, aber der Rat hat den

Neubau bereits beschlossen), 2 leer stehende Übergangsheime der Wohnungsver-sorgungsbetriebe, die ab dem nächsten Jahr neu gebaut werden sollen, ein Mehrge-nerationenhaushaus der GAG, das Lehrschwimmbecken der Hauptschule und ein öffentli-cher Spielplatz (der neu gestaltet werden muss). Dieses Plangebiet hat in den kom-menden Jahren einen hohen Investitionsbedarf.

Herr Hildebrandt äußert zum Abschluss seines Vortrags den Wunsch, dass die vor-handenen Raumressourcen besser ausgenutzt werden können.

Herr Philippi, SPD Fraktion, merkt an, dass er Verwaltung und Politik dazu ermuntern möchte, die erforderlichen Rahmenbedingungen für das Leuchtturm-Projekt zu set-zen.

Herr Thelen weist darauf hin, dass seine Fraktion den Standort der Montessori-Schule unterstützt.

Frau Dr. Klein konstatiert, dass einerseits die Bausubstanz der Montessori-Schule nach Verbesserung ruft, andererseits an diesem Standort keine steigenden Schüler-zahlen zu verzeichnen sind. Hier muss zwischen Visionen und Machbarkeit vermittelt werden. Sie sagt zu, dass man im Rahmen der Weiterentwicklung des integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplans die Diskussion über den Standort der Mon-tessori-Schule aufgreife und einen pragmatischen vernünftigen Vorschlag machen wird.

Frau Manderla sieht hier dringenden Handlungsbedarf.

1 Niederschriften

1.1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbil-dung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 09.05.2011, 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Die Niederschrift wurde vorab zur Verfügung gestellt.

1.1.2 Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Wei-terbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 16.05.2011, 14:00 Uhr bis 15:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)

Die Niederschrift wurde vorab zur Verfügung gestellt.

1.1.3 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbil-dung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 21.03.2011, 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Die Niederschrift wurde in der Sitzung vom 09.05.2011 als Tischvorlage vorgelegt.

1.1.4 Auszug aus dem Beschlussprotokoll über die Sitzung des Jugendhilfe-ausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 17.05.2011, 14:10 Uhr bis 17:35 Uhr, Ratssaal

Der Auszug aus dem Beschlussprotokoll wurde vorab zur Verfügung gestellt.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Eingabe an den Beschwerdeausschuss (Az. 02-1600-2/10) Ferienbetreuung bei Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung 5482/2010 1696/2011

Die Antwort der Verwaltung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Dr. Klein erklärt ergänzend, dass man die Lücken der Finanzierung von Ferienbetreuungsmaßnahmen derzeit mit Stiftungsmitteln zu heilen versucht. Die Anregung der Politik, sich am Beispiel Düsseldorfs zu orientieren, hat man aufgegriffen und dabei herausgefunden, dass man dort eine Finanzierung über die Kapitalisierung von Lehrerstellen erreicht. Dies kommt für Köln nicht in Frage. Um die gewünschten Maßnahmen durchführen zu können, werden über 350.000,00 Euro zusätzliche Mittel benötigt, die an keiner Stelle entbehrlich sind.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Schultoilettenkonzept 2093/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herrn Dr. Schlieben, CDU Fraktion, stellt die Stellungnahme der Verwaltung nicht zufrieden und er fragt nach, ob es mittlerweile Schulen gibt, die ihr Interesse als Pilot angemeldet haben.

Frau Dr. Klein antwortet, dass sich nach wie vor keine Schule bei der Verwaltung gemeldet hat und man dankbar wäre über die Benennung von Pilotschulen, die tatsächlich eine bedarfsgesteuerte Umschichtung der Reinigungszeiten von Toiletten ausprobieren möchten. Die angefragte Europaschule hat ihr Interesse zurückgezogen.

Frau Manderla räumt ein, dass ihr eine Liste interessierter Pilotschulen vorgelegt wurde und sie diese an die Verwaltung weiter reichen wird.

3.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen AN/1186/2011

**Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg 34, 50769
Köln-Worringen
2480/2011**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Die Antwort der Verwaltung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt. Sie wird im Rahmen von TOP 5.2 mit besprochen.

**3.2.3 Ferienförderkurse für Kölner Schülerinnen und Schüler
AN/1183/2011**

**Beantwortung der Anfrage der FDP- Fraktion AN/1183/2011
2645/2011**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Die Antwort der Verwaltung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

**3.2.4 Sprachstandserhebungen, Verwaltungsmitteilung 0981/2011
AN/1248/2011**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Die Antwort erfolgt zur nächsten Sitzung.

**3.2.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
AN/1261/2011**

**AN/1261/2011 - Schulanmeldezahlen
2609/2011**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Die Antwort der Verwaltung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

**3.2.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
AN/1275/2011**

**Gesamtschule Bezirk 5
2622/2011**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Die Antwort der Verwaltung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dankt der Verwaltung für die schnelle Beantwortung.

**3.2.7 Unterstützungsangebote im Umgang mit auffälligen Schülern
AN/1312/2011**

Die Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt. Die Antwort der Verwaltung zu dieser Anfrage wird als Anlage 2 dieser Niederschrift beigelegt.

**3.2.8 Anfrage der CDU-Fraktion
AN/1313/2011**

**Errichtung von Gemeinschaftsschulen in Köln
2643/2011**

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung wurden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Sie werden unter TOP 5.12 mit besprochen.

**3.2.9 Mehr Raumkapazitäten für den Sport (ausgewiesen als "6.3.2")
2123/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, ist mit der Beantwortung nicht einverstanden, weil die Fragen unter den Punkten 2 und 3 nicht hinreichend beantwortet wurden. Die Frage war, wie viele Hallen- und Sportplätze man braucht, um den Bedarf aller Kölner Schulen zu decken und in welchen Stadtteilen der Mangel am größten ist. Als Antwort wünscht er eine Berechnung durch die Verwaltung und eine Stellungnahme, welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden. Er bittet, in der nächsten Sitzung nach den Ferien konkrete Zahlen vorzulegen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass dies auch der Sportausschuss so gesagt hat und sagt eine entsprechende Ergänzung der Antwort zu.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, hat eine Nachfrage zur Turnhalle an der Gereonsmühlengasse. Auf Seite 2 von Anlage 1 steht der nun vorgelegte Zeitplan im Widerspruch zu den Aussagen, die im Zusammenhang mit der Bildungslandschaft Altstadt-Nord erfolgten. Die Turnhallen auf dem Gelände der Bildungslandschaft sind ausdrücklich nicht Teil der Bildungslandschaft und werden in diesem Rahmen nicht saniert.

Herr Kaven kann sich den Widerspruch nur so erklären, dass die hier vorgelegten Zeitpläne für zukünftige, noch nicht begonnene Maßnahmen gelten. Die Turnhallen Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße werden dagegen noch aus dem Konjunkturpaket II-Programm ertüchtigt und bis Ende des Jahres fertig gestellt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Vorlagen der Verwaltung

**5.1 Albertus-Magnus-Gymnasium Ottostrasse 87, 50823 Köln - Erweiterung der Zügigkeit sowie Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaues inkl. Turnhalle
1415/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Lüttig, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, fragt nach, ob der Turnhallenbau auch inklusiv geplant wird mit behindertengerechten WCs etc., da dies nicht ausdrücklich in der Vorlage erwähnt ist.

Frau Dr. Klein bestätigt dies.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte wissen, ob zu diesem Projekt auch ein Wettbewerb durchgeführt wird.

Dazu stellt Herr Kaven klar, dass es sich hier zunächst um den Planungsbeschluss handelt. Aus diesem Planungsbeschluss erwachse dann ein Auftrag an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln und das Verfahren werde erst im Anschluss festgelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW für das Albertus-Magnus-Gymnasium Ottostr. 87, 50823 die Erhöhung der Zügigkeit von derzeit 3 Zügen in der Sekundarstufe I auf nun 4 Züge sowie die Erhöhung der Zügigkeit von derzeit 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf nun 6 Züge.
2. Weiterhin beschließt der Rat die Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Deckung der durch die Zügigkeitserhöhung entstehenden Raummehrbedarfe.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.2 Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg 34, 50769 Köln (Worringen) zum 31.07.2011
1647/2011**

Auszug aus der Niederschrift der 15. Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 12.05.2011

Vorläufiges Beschlussprotokoll über die 14. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 23.05.2011, 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Die Vorlage mit Anlagen wurde vorab zur Verfügung gestellt (die Anlagen 7 und 8 als Tischvorlage).

Frau Paffen, SPD Fraktion, weist darauf hin, dass die Argumente ausgetauscht sind. Die Schließung der Schule könne man nur befürworten, wenn man das Wohl der Schüler/innen im Auge behält. Die Eltern hätten ihr in Gesprächen versichert, dass sie endlich Klarheit wollen, wo ihre Kinder nach den Sommerferien hingehen. Der bisherige Schulleiter der Gustav-Heinemann-Schule verlasse zum Ende des Schuljahres die Schule und die Stelle des Schulleiters sei dann vakant. Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage der Verwaltung in erster Linie zum Wohle der Schüler/innen zu und wünsche den beiden Schulen viel Erfolg bei der Zusammenarbeit.

Zur Anlage 7 der Verwaltung möchte sie anmerken, dass den Vereinen in Worringen **immer** Räume fehlen. Deshalb sei die Antwort der Verwaltung nicht verständlich, dass die Schließung der Turnhalle keine Vakanzen zur Folge habe.

Frau Dr. Klein antwortet darauf, dass beide Schulleitungen intensive Gespräche untereinander geführt haben, dass die Schließung für beide Schulen eine zielführende Perspektive sei. Die Bezirksregierung hat am 24.06. dazu geschrieben, dass man den Wunsch zum Umzug der Schüler- und Lehrerschaft der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg in die Gustav-Heinemann-Schule wie geplant in den Sommerferien nachdrücklich unterstütze und Frau Dr. Klein bittet nun auch die Politik, diesen Wunsch zu unterstützen. Man beabsichtige selbstverständlich, die aufnehmende Schule in Seeberg nach Kräften zu unterstützen zum Beispiel durch Zusammenführung von 2 halben Schulsozialarbeiterstellen zu einer ganzen und durch Schulsozialarbeit in der Startphase. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile überwiegen hier die Vorteile. Das Problem des Wegfalls der Turnhalle soll im Dialog mit den Sportvereinen adäquat gelöst werden, denn auch die Turnhalle hängt an der gemeinsamen Heizungsanlage, die Probleme bereitet. Trotz und wegen des Vorfalls in Seeberg sei man bei dem Vorschlag geblieben.

Frau Nessler-Komp, CDU Fraktion, hat Probleme damit, nach einem Jahr der Diskussion und auf Grund der besonderen Situation zum Thema Stellung zu nehmen. Ihre Fraktion ist nach wie vor für den Erhalt des Schulstandortes am Holzheimer Weg in Worringen. Die aufnehmende Schule befindet sich in einem Ausnahmezustand. Dieser besonderen Situation müsse Rechnung getragen werden. Ihre Fraktion schlägt vor, dem Votum der Bezirksvertretung Chorweiler zu folgen und die Entscheidung über die Zusammenlegung zu verschieben.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bestätigt, dass man lange über die Situation, die in den Hauptschulen entstanden ist, diskutiert hat. Da den einzelnen Hauptschulen die Schüler fehlen sei es sinnvoll, wenn an dieser Stelle durch die Zusammenlegung eine Hauptschule erhalten bleiben könne. Dazu kommen noch die Probleme in dem Gebäude. Wenn hier beide Schulen Beschlüsse fassen, zusammen zu gehen, so sei dies eine Ausnahme und dieser Wunsch nach einer optimalen Lösung müsse dann auch die Leitlinie für die Beschlüsse der Politik sein. Nach der derzeitigen Beschlusslage werde zusätzlich alles dafür getan, dass die wechselnden Schüler/innen die bestmöglichen Bedingungen erhalten. Er zweifelt nicht daran, dass

beide Kollegien in der Phase der Zusammenführung durch begleitende Maßnahmen einen freundschaftlich-vertrauensvoll-transparenten Prozess sichern.

Das schreckliche Ereignis an der Schule in Seeberg hat mit dieser Frage nichts zu tun und ermöglicht gerade in der Phase der Aufnahme eine höhere Sensibilität aller. Für Worringen muss von der Verwaltung im Hinblick auf den Verlust von Aula, Turnhalle, Schülerspezialverkehr intensiv nachgedacht werden. Deshalb schlägt er vor, dass man beschließt wie schon der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beschlossen hat.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, weist darauf hin, dass sowohl die CDU-Fraktion als auch die FDP-Fraktion bereits bei der Vorstellung des Hauptschulkonzeptes besonders auf den Hauptschulstandort Worringen hingewiesen haben, bei dessen Wegfall die Versorgung dort schwierig werde. Nach den von der Verwaltung mit der Tischvorlage vorgelegten Zahlen liegen 26 Anmeldungen für diesen Standort vor. Die rückläufigen Zahlen beruhen möglicherweise auch auf einer Verunsicherung der Eltern, die Planungssicherheit wünschen und ihre Kinder an anderen Schulen anmelden. Neben Eltern, die sich mit der Situation abgefunden haben, gibt es auch andere, die weiter kämpfen. Dass an manchen Schulen über Jahre nichts getan wurde kann nicht dazu führen, dass man Schulstandorte mangels Standsicherheit schließen muss. Gegen die Argumentation von Frau Paffen, SPD Fraktion, wendet Frau Gebauer ein, dass es kein Argument für eine Zusammenlegung von Schulen ist, wenn ein Schulleiter aufhört. In der ursprünglichen Beschlussvorlage vom Mai 2011 war angekündigt, dass die Stadt Dormagen aufgefordert wurde, zur geplanten Schließung der Schule Stellung zu beziehen. Frau Gebauer möchte von der Verwaltung wissen, was Dormagen darauf geantwortet hat. Der Vorfall in Seeberg müsse getrennt von der Zusammenlegung gesehen werden und kann als Einzelfall betrachtet werden, der zufällig an dieser Schule stattfand. Frau Gebauer ist nach wie vor dafür, dass der Schulstandort in Worringen erhalten bleiben soll. Das Beispiel der Gemeinschaftsschule in der Rochusstraße zeige, dass die Verwaltung in anderen Fällen etwas ändern möchte, obwohl sich die Voraussetzungen nicht geändert haben.

Herr Moritz antwortet darauf mit einer Zahlenkorrektur: Von den 22 genannten Anmeldungen sind 5 Kinder mit integrierter Lerngruppe, die gar nicht aus der Umgebung kommen. Damit liegt die Schule unter der Mindestschülergrenze. Alle Eltern wurden bei der Anmeldung gefragt, wie sie zu dem Wechselwunsch stehen und haben diesem bei der Anmeldung zugestimmt. Was passiert ist, hätte auch an jedem anderen Schulstandort passieren können. Beide Schulen bleiben bei ihren Schulkonferenzbeschlüssen, wünschen den Zusammenschluss und sehen ihn als pädagogische Chance. Auch der schulpsychologische Dienst wird den Zusammenschluss unterstützen und dazu beitragen, dass dort wieder eine Normalität eintritt. Bisher gab es in Worringen bestimmte Inhalte, wie z.B. Naturwissenschaften, nicht, die nun an einem anderen Standort ermöglicht werden können.

Herr Lorenz, Bezirksschülervertretung, fordert, dass der demokratische Schulkonferenzbeschluss beachtet wird.

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, erklärt für seine Fraktion, dass der Schulstandort erhalten bleiben sollte. Kleine Schulklassen sollten kein Hinderungsgrund dabei sein, da gerade dadurch eine bessere Betreuung ermöglicht wird. Er kann es nicht verstehen, dass man Kindern aus dem bürgerlichen Stadtteil Worringen zumutet, im Stadtteil Seeberg zur Schule zu gehen, wo ein Klima von Angst und Gewalt herrsche. Das hätten viele seiner Fraktion berichtet, weil es nicht in der Presse publiziert wurde. Tatsächlich gäbe es bei den Eltern eine andere Meinung, als sie der Schulkonferenzbeschluss darstelle, weil die Eltern bei der Befragung Angst hatten, dass die Kinder in

der Schule Nachteile hätten. Der Schulstandort Worringen habe eine Tradition und müsse daher erhalten werden.

Frau Manderla entgegnet, dass es in Köln weder Bürgerkrieg noch schlimme Gebiete gibt.

Frau Dr. Klein betont auf der Erfahrung ihrer Besuche vor Ort ihre hohe Achtung vor der Qualität der Arbeit und dem Engagement der Pädagogen an der Hauptschule in Seeberg und weist die von Herrn Uckermann vorgebrachten Vorwürfe entschieden zurück. Sie weist nochmals darauf hin, dass die Bezirksregierung ausdrücklich gebeten habe, dem Ausschuss für die Beratung zur Kenntnis zu geben, dass sie hinter dem Vorschlag der Verwaltung steht. Sie bezieht sich dabei auf Gespräche mit der Elternschaft. Diese hat die Bitte, eine Lehrkraft mit Migrationshintergrund für das neue Lehrerkollegium zu gewinnen. Dieser Bitte könne voraussichtlich schon zu Beginn des neuen Schuljahres, spätestens aber zum Halbjahresbeginn des kommenden Jahres, entsprochen werden. Das entsprechende Schreiben wird dem Protokoll als Anlage angehängt. Sie ergänzt noch, dass Dormagen zu dem ursprünglichen Bescheid mitgeteilt hatte, dass man keine Probleme habe, Kinder aus dem Kölner Norden auf der Hauptschule in Dormagen aufzunehmen. Auf nochmalige Nachfrage habe man keine anders lautende Antwort erhalten.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, erinnert daran, dass beim Hauptschulkonzept parteiübergreifend beschlossen wurde, dass der Schulstandort Worringen erhalten bleiben soll. Es sei nicht beschlossen worden, dass die Hauptschule erhalten bleiben solle. In diesem Zusammenhang weist er auf den neueren Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 26.05. hin, den er bei der Vorlage vermisst, der interfraktionell die Aussetzung des Beschlusses fordert, bis sich die Situation an der Hauptschule in Seeberg beruhigt und normalisiert hat. Er schlägt deshalb vor, dass zunächst über die Punkte 1 und 2 des weiter gehenden Antrags der Bezirksvertretung Chorweiler abgestimmt wird, wobei das Wort „auszusetzen“ durch die Formulierung „nicht zu beschließen“ ersetzt werden sollte.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass der von Herrn Dr. Schlieben vermisste Beschluss unter TOP 6.3.12 umgedruckt und zur Kenntnis gegeben wurde.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, widerspricht Herrn Dr. Schlieben: Man habe der Verwaltung lediglich einen Prüfauftrag erteilt, **ob** der Schulstandort erhalten werden kann. Die vorgelegten Schülerzahlen haben dann ergeben, dass es keine Chance gibt, eine Sekundarstufe I am Standort zu erhalten.

Frau Manderla lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Chorweiler abstimmen. Im Anschluss wird zunächst abschnittsweise über den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden und dann über dessen Gesamtbeschlussvorschlag abgestimmt.

1. Beschluss (Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Chorweiler):

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung appelliert an den Rat, den Beschluss zur Zusammenlegung der Hauptschulen Seeberg und Worringen zunächst nicht zu beschließen, bis sich die Situation an der Hauptschule Seeberg wieder beruhigt und normalisiert hat.

Abstimmungsergebnis zum 1. Beschluss:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

2. Beschluss (Beschlussvorschlag des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden, 1.Abschnitt):

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Gemeinschaftshauptschule (GHS) Holzheimer Weg 34, 50769 Köln (Worringen) zum 31.07.2011 aufzulösen. Gleichzeitig wird der Ratsbeschluss vom 13.07.2010 zu der v. g. Schule (TOP 10.25) aufgehoben.
2. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

Abstimmungsergebnis zum 2. Beschluss:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln zugestimmt.

3. Beschluss (Beschlussvorschlag des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden, 2.Abschnitt):

1. „Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Schülertransport zum zukünftigen Schulstandort Karl-Marx-Allee aus Worringen und umliegenden Gebieten verbessert werden kann.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Verlust von Aula und Turnhalle und deren gesellschaftlicher und kultureller Bedeutung in Worringen kompensiert werden kann.
3. Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit der Schule sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler am neuen Standort die gleiche qualifizierte pädagogische Betreuung wie am bisherigen Standort erhalten.“

Abstimmungsergebnis zum 3. Beschluss:

Einstimmig beschlossen.

4. Beschluss (Gesamt-Beschlussvorschlag des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden):

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Gemeinschaftshauptschule (GHS) Holzheimer Weg 34, 50769 Köln (Worringen) zum 31.07.2011 aufzulösen. Gleichzeitig wird der Ratsbeschluss vom 13.07.2010 zu der v. g. Schule (TOP 10.25) aufgehoben.
2. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Schülertransport zum zukünftigen Schulstandort Karl-Marx-Allee aus Worringen und umliegenden Gebieten verbessert werden kann.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Verlust von Aula und Turnhalle und deren gesellschaftlicher und kultureller Bedeutung in Worringen kompensiert werden kann.

Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit der Schule sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler am neuen Standort die gleiche qualifizierte pädagogische Betreuung wie am bisherigen Standort erhalten.“

Abstimmungsergebnis zum 4. Beschluss:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln zugestimmt.

5.3 Bau einer Schulsportfreianlage am Schulzentrum Porz-Wahn, Albert-Schweitzer-Str. / Nachtigallenstraße Baubeschluss und Planungsbeschluss (Funktionsgebäude) 0714/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, fragt an, ob die Baugenehmigung auch die Errichtung einer Flutlichtanlage ausdrücklich ausschließt und ob es das Verfahren wesentlich verzögern würde, wenn ein anderes Gremium nachträglich noch den Bau einer Flutlichtanlage beschließt.

Herr Kaven führt dazu aus, dass dies eine neue Planung voraussetzt, die erneute Verzögerungen nach sich zieht. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der aktuelle Flächennutzungsplan das Gelände als Schule ausweist und der Sportplatz daher für den Schulsport ausgelegt wurde. Schulsportanlagen sehen aber keine Flutlichtanlage vor. Eine Nutzung der Anlage durch Vereine kann nur in den üblichen Zeiten des Schulsports erfolgen. Die Nutzung in den Abendstunden führt zu Lärmemissionen und das hat in Porz zu umfangreichen Diskussionen in der Nachbarschaft geführt. Ein Beschluss zur Freigabe der Anlage für den Vereinssport erfordert einen neuen Flächennutzungsplan und einen solchen hält Herr Kaven für eher nicht genehmigungsfähig und erfordert eine zusätzliche Prüfung.

Frau Lüttig, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, hätte erwartet, dass man die Pläne vorher mit den Vereinen vor Ort abstimmt, um beispielsweise eine Nutzung der Anlage auch im Herbst möglich zu machen.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, fragt nochmals nach, ob man hier eine teure Schulsportanlage baut, die für eine Vereinsnutzung nicht geeignet ist.

Frau Dr. Klein bejaht dies.

Daraufhin wird über die ursprüngliche Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat bekräftigt seine Beschlüsse vom 27.03.1979 und 26.08.1980 und genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung zum Bau einer Schulsportfreianlage am Schulzentrum Wahn, Albert-Schweitzer-Str. / Nachtigallenstraße in Köln Porz mit Gesamtbaukosten in Höhe von 2.645.000 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

2. Gleichzeitig beauftragt er die Verwaltung mit der Planungsaufnahme eines, in einem zweiten Bauabschnitt zu errichtenden, Funktionsgebäudes mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 520.000 €.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.4 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln
hier: Bäderzielplan auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 29.01.2008
für 2011 bis 2015
2008/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verschiebt die Diskussion über die Vorlage in die nächste Sitzung und gibt die Vorlage ohne Votum an die nachfolgenden Gremien weiter.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Verwaltung auf eine Präsentation wie im Sportausschuss verzichtet und diese als Anlage zur Niederschrift vorlegt. Beim Schulschwimmen kann sowohl in Müngersdorf eine Kompensation für den Schulsport für Weiden, als auch in der Lentstraße für den Schulsport 1:1 eine Kompensation für Nippes angeboten werden. In der Lentstraße können sogar mehr Schwimmstunden als an dem Bad in Nippes angeboten werden.

Frau Lüttig, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, weist darauf hin, dass der DLRG in der Presse eingewandt hat, dass es nun unmöglich wird, entsprechend Rettungsschwimmer auszubilden oder Schwimmsportabzeichen zu machen, da in der Lentstraße kein 3 m-Sprungturm vorhanden ist, wobei der Sprung vom 3 m-Turm für die Prüfung verpflichtend ist. Sie fragt an, ob man dafür eine Lösung hat und ob für den Schulsport sichergestellt ist, dass ein 3 m-Brett vorhanden ist.

Frau Dr. Klein erklärt zu den Entfernungen, dass zwischen dem Nippes-Bad und der Lentstraße ca. 2,6 km Entfernung sind. Insofern gibt es dort kein Entfernungsproblem.

Herr Reinke, Geschäftsführer der Kölnbäder GmbH, antwortet, dass tatsächlich das 3 m-Becken im Nippesbad gestrichen wird und im Lentpark keine Sprungmöglichkeiten bestehen. Es gibt aber 8 andere Schwimmbäder in Köln, die Sprung-Möglichkeiten bieten. In der unmittelbaren Nähe sind das Chorweiler Bad und das Agrippa-Bad. Die Sprungübung des DLRG hat nur einen sehr geringen Anteil an dem gesamten Trainingskonzept. Man bietet dem DLRG ersatzweise an, das Höhenberg-Bad oder das Chorweiler Bad zu nutzen.

Frau Manderla wendet ein, dass dies schwierig wird, da der Schein jeweils in **einem** Bad gemacht werden muss.

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, sagt, dass man an Stelle des Titels „Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes“ besser den Titel „Weiterentwicklung des Schließungskonzeptes“ gewählt hätte. Er beschwert sich, dass in Nippes durch die 100 %-ige Nutzung für den Schulsport ein ganzer Stadtteil ohne Bad auskommen muss. Das sei vor dem Hintergrund sinkender Schwimmfähigkeit bei den 9-Jährigen schwer verständlich. Er fragt an, ob man das große neue Schwimmbad tatsächlich 2 Tage in der Wo-

che schließen will, obwohl nach wie vor bei den Bädern eine Kostendeckung nicht erreicht ist und man auf zahlungskräftige Nutzer dringend angewiesen ist.

Herr Reinke erwidert, dass diese Situation an allen anderen Bädern auch besteht. Das funktioniert überall und insofern sind keine Probleme zu erwarten.

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, bedauert, dass man durch die Weitergabe der Vorlage ohne Votum in die weitere Beratungsfolge auf einen eigenen Beschluss verzichtet.

Er möchte noch wissen, ob genügend Lagerplatz für die Materialien der Schüler/innen vorhanden ist. Benötigt werden mindestens 20 m² für die Übungsgeräte.

Herr Reinke antwortet, dass im Lentpark noch mehr Lagerflächen als in anderen Bädern vorhanden sind. Auch hier gibt es kein Problem.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.5 Bestellung des Schriftführers und der 1. stellvertretenden Schriftführerin 2150/2011

5.6 Generalinstandsetzung der Klassentrakte der KGS und GGS Erlenweg 16 in 50827 Köln-Bickendorf Baubeschluss 1998/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, fragt zu der Vorlage der Verwaltung nach, ob der Baubeginn „Januar 2011“ richtig sei.

Herr Kaven bestätigt den Baubeginn im Januar: Man hat bereits mit vorbereitenden Maßnahmen wie der Einrichtung der Baustelle etc. begonnen, um direkt nach dem Beschluss mit den Arbeiten anzufangen und das ins Ziel gefasste Enddatum einhalten zu können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, wie folgt zu beschließen:

„Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Generalinstandsetzung der Klassentrakte der KGS und GGS Erlenweg 16 in 50827 Köln-Bickendorf mit Gesamtbaukosten in Höhe von 7.686.245,00 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.7 Einrichtung eines Bildungsganges:
Allgemeine Hochschulreife mit beruflicher Qualifikation
(Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen und Controlling)
in der Berufsfachschule Wirtschaft und Verwaltung mit fachlichem
Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaften am Berufskolleg Südstadt,
Zugweg 48, 50677 Köln (BK 04)
2214/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung des Bildungsganges Allgemeine Hochschulreife mit beruflicher Qualifikation (Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen und Controlling) in der Berufsfachschule Wirtschaft und Verwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaften in Vollzeitform gem. § 22 Abs. 5 Schulgesetz NRW i.V.m. Anlage D 27 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO BK) zum 01.08.2012 am Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln (BK 04).“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.8 Friedrich-List-Schule, Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Breitenbachstraße 2, 51149 Köln, Beschluss zur Planungsaufnahme für den Abriss des bestehenden Schulgebäudes und Neubau einer 2-zügigen Grundschule mit 1-fach Sporthalle
0359/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bittet um Erklärung, wie es zu verstehen ist, wenn in Anlage 1 bei WC-Anlagen jeweils eine 0 eingetragen ist.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass man hier ergänzend aus dem Kleingedruckten die Formulierung „richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen“ heranziehen muss: Es werden so viele Toilettenanlagen mit eingeplant, wie sie nach den Gesetzen vorgesehen sind.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, meint sich zu erinnern, dass man unlängst diskutiert habe, dass bei Neubauten von Grundschulen im Hinblick auf den Vereinssport nicht nur Einfach- sondern auch Zweifachsporthallen gebaut werden sollen. Deshalb fragt sie nach, ob hier eine größere Sporthalle nicht möglich war.

Frau Dr. Klein berichtet, dass sich die Sporthallenplanung an Schulen konkret an den Schülerzahlen der jeweiligen Schule und dem daraus errechneten Bedarf orientiert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt den Abriss des bestehenden und den Neubau eines Schulgebäudes für eine 2-zügige Grundschule und einer Sporthalle mit einer Sportübungseinheit auf dem Grundstück der Friedrich-List-Schule, GGS Breitenbachstraße 2 in 51149 Köln-Gremberghoven.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Voruntersuchung, Planung und Kostenermittlung aufzunehmen.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und funktionalbedingte Abweichungen sind zulässig.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.9 Kaiserin-Theophanu-Gymnasium, Kantstr. 3, 51103 Köln-Kalk
hier: Erhöhung der Zügigkeit und damit verbundener weiterer Neubau
0861/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, fragt nach, ob hier ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt wird.

Frau Dr. Klein bejaht dies.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, möchte noch wissen, ob das Grundstück mittlerweile angekauft ist.

Herr Kaven erklärt, dass die Verhandlungen über den Ankauf abgeschlossen sind und nun noch das übliche förmliche Verfahren zum Ankauf durchgeführt wird. Er hat aber keine Zweifel, dass der Ankauf des Grundstückes bald vollzogen ist.

Auf Nachfrage von Frau Gebauer erklärt Herr Kaven, dass der Ankauf aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert wird und dass die Kaufsumme durch den Wirtschaftsplan abgedeckt ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW für das Gymnasium Kantstr. 3, 51103 Köln die Erhöhung der Zügigkeit von derzeit 3 Zügen in der Sekundarstufe I auf nun 4 Züge sowie die Erhöhung der Zügigkeit von derzeit 5 Zügen in der Sekundarstufe II auf nun 7 Züge.
2. Weiterhin beschließt der Rat die Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Deckung der durch die Zügigkeitserhöhung entstehenden Rummehrbedarfe.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planung und die Kosten-

ermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen.
Der Planung ist das in der beigefügten Raumlise (Anlage 2) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.10 Umsetzung der Pilote zum Ratsbeschluss und zu den Beteiligungsprozessen "Die Zukunft unserer Schulen" 2466/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla bittet den Ausschuss zunächst um Klärung, ob die Diskussion über diese Vorlage in die nächste Sitzung verschoben werden kann. Die Vorlage ließ sich im Arbeitskreis nicht mehr diskutieren und sie möchte dies gerne nachholen, um den Arbeitskreis nicht zu übergehen. Ihre Fraktion hat nichts gegen die wichtige Vorlage einzuwenden.

Die Mitglieder des Ausschusses sind damit einverstanden, die Vorlage ohne Votum in die nächsten Gremien zu geben.

Die Verwaltung wird den Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung in seiner nächsten Sitzung die aktuelle Entwicklung darstellen und die Gelegenheit zur inhaltlichen Diskussion geben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.11 Förderschule Sportplatzstr. 82-86, 51147 Köln (Wahnheide), Optimierung der räumlichen Situation zur Förderung der inklusiven Zusammenarbeit mit benachbarten allgemeinen Schulen 0888/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beschließt zur Optimierung der Raumsituation, zur Förderung der inklusiven Zusammenarbeit mit benachbarten allgemeinen Schulen, an der Förderschule Sportplatzstr.82-86, 51147 Köln-Wahnheide, die in der nachfolgenden Begründung aufgeführten Räume zu errichten.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, unverzüglich Voruntersuchung, Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen.

Der Planung ist das in der Begründung aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen, entwurfs- und funktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung verzichtet auf eine erneute Vorlage, wenn dem Beschlussvorschlag durch die Bezirksvertretung 7 ohne Änderungen zugestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**5.12 Gemeinschaftsschulen für Köln, 2. Antragsrunde
2418/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt (Anlage 17 als Tischvorlage).

Der Ausschuss möchte das Thema zunächst nur diskutieren und noch nicht darüber abstimmen. Die Abstimmung soll erst in der nächsten Sitzung erfolgen.

Zu Beginn der Diskussion bittet Frau Manderla nochmals darum, dass der Ausschuss und die darin vertretenen Fraktionen bereit sind, das Thema weniger ideologisch zu diskutieren, sondern vielmehr die Schulen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen weiter zu entwickeln.

Frau Dr. Klein erklärt zu dem Antrag, dass hier 2 Schulen nochmals als Gemeinschaftsschule vorgeschlagen werden sollen: Die Rochusstraße, die bereits in der ersten Antragsrunde dabei war, und die Frankstraße. Dabei soll 2 Forderungen aus der Elternschaft entsprochen werden: Längeres gemeinsames Lernen und höhere Bildungsabschlüsse. Beide haben entsprechende Schulkonferenzbeschlüsse gefasst.

Ziel ist es, Chancengleichheit für die Schüler beider Schulen zu erreichen. Zur rechtlichen Fragestellung, ob das neue Gerichtsurteil Auswirkungen auf die bestehenden Gemeinschaftsschulen hat, führt Frau Dr. Klein aus, dass auch das Urteil zu Finnentrop eine Einzelentscheidung ist. Die erteilten Bescheide werden dadurch nicht nichtig.

Derzeit befindet man sich inmitten einer Verfahrensänderung: Es wird keine weiteren Schulversuche geben, aber noch vor den Sommerferien ist eine Änderung des Schulgesetzes angekündigt.

Der Beschluss der Vorlage ist auf beide Rechtslagen hin formuliert, um nach der bei Beschluss durch den Rat geltenden Rechtslage reagieren zu können.

Herr Philippi, SPD Fraktion, begrüßt für seine Fraktion, dass 2 weitere Kölner Schulen als Gemeinschaftsschulen an den Start gehen. Gleichzeitig wünscht man sich am Standort Rochusstr. eine einvernehmliche Lösung. Beschließen möchte man über die Frage in der nächsten Ausschusssitzung im September.

Dem schließen sich auch die anderen Fraktionen an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.13 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbau mit Sporthalle für das Geneveva-Gymnasium, Genevevastr. 58-62, 51063 Köln 2082/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt die Errichtung eines Erweiterungsbaus des Geneveva-Gymnasium, Genevevastr. 58 – 62, 51063 Köln nach gesicherter Finanzierung um das Raumprogramm für ein Gymnasium mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II zu erfüllen und beauftragt die Verwaltung unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und im Rahmen der Ganztagsoffensive der Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumlise (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Zudem beschließt der Rat gemäß § 81 Schulgesetz die Erhöhung der Zügigkeit in der Sekundarstufe II von 5 auf 6 Züge. In der Sekundarstufe I wird die 3-Zügigkeit weiterhin beibehalten. „

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.14 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ e.V.) als Träger der Tages- und Abendschule im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2011 bis 2013 2084/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. den als Anlage zu diesem Beschluss beiliegenden Zuschussvertrag abzuschließen. Die erforderlichen Aufwandsermächtigungen im Teilplan 0414 Volkshochschule sind bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2012 und der Mittelfristplanung 2013 ff zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.15 Planungsaufnahme zur Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die OGTS der Gemeinschaftsgrundschule Leuchterstraße, Leuchterstr. 25, 51069 Köln (Dünnwald) 1677/2011

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt an der Gemeinschaftsgrundschule Leuchterstraße, Leuchterstr. 25, 51069 Köln – Dünnwald die Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die OGTS und beauftragt die Verwaltung unverzüglich die Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen.

Der Planung ist das in der Anlage beigefügte Raumprogramm der OGTS einer 3 – zügigen Grundschule zu Grunde gelegt (s. Anlage 1). Entwurfs-, funktional- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

6.1.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau mündliche Nachfragen zu einzelnen Maßnahmen (TOP 6.4.1 der Sitzung am 21.03.2011) 1708/2011

Der Sachstandsbericht wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Er wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Mitteilung der Vorsitzenden

6.3 Mitteilungen der Verwaltung

6.3.1 Netzwerk Erziehung in Schule (NEIS) 1735/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt diese Einrichtung, möchte aber wissen, ob es eine Messung von Erfolgen gibt.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass es in Ermangelung finanzieller Ressourcen keine wissenschaftlichen Evaluationen zu diesem Thema gibt, doch ist diese Methode als erfolgreiches Präventionskonzept anerkannt.

Daraufhin schlägt Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vor, zur Ermittlung des Erfolges die Zusammenarbeit mit der Universität zu Köln zu intensivieren zur Erforschung, ob hier erfolgversprechendere Maßnahmen denkbar sind.

Frau Dr. Klein wendet ein, dass die Erfahrungen aus anderen Projekten gezeigt haben, dass die Uni in jedem Falle eine entsprechende finanzielle Ausstattung für die Durchführung der Untersuchung wünscht. Die Verwaltung greift den Vorschlag aber gerne auf und wird nochmals prüfen, ob eine entsprechende Überprüfung der Ergebnisse auch zum Nulltarif möglich ist.

6.3.2 Mehr Raumkapazitäten für den Sport (verschoben nach 3.2.9)

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt und unter TOP 3.2.9 behandelt.

6.3.3 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt' 2315/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

6.3.4 Kölner Netzwerk Bürgerengagement

Veröffentlichung der Broschüre "Bürgerschaftliches Engagement für Kölner Schulen - aktuelle Beispiele aus der Engagementpraxis 2010/2011" 2460/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Die Broschüre wurde als Tischvorlage ausgelegt. Mitteilung und Broschüre werden zur Kenntnis genommen.

6.3.5 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand und Dokumentation Auftaktveranstaltung 2380/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, empfiehlt, auf die gemeinsame Positionierung der kommunalen Spitzenverbände von NRW und der beiden Landschaftsverbände zum Thema „Inklusion im Schulbereich“ zurück zu greifen.

Frau Dr. Klein nimmt den Vorschlag gerne auf, da sie persönlich an dem auf der Grundlage der UN Behindertenrechtskommission erstellten Konzept mitgearbeitet hat.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, empfand das Arbeitspapier der Verwaltung dagegen als sehr hilfreich.

6.3.6 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010 2172/2011

Der Statusbericht wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Auf Grund der kurzfristigen Vorlage konnte man jedoch noch nichts dazu sagen.

**6.3.7 Grundschulverbund Annastraße
Auslaufen des katholischen Teilstandortes
2343/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.8 Deutscher Schulpreis 2011
2462/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla gratuliert dem Genovevagymnasium zum Gewinn des Schulpreises 2011 für sein außergewöhnliches Tanzprojekt.

Frau Lüttig, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte wissen, ob die Schule den Hauptpreis gewonnen hat.

Frau Dr. Klein berichtet, dass es mehrere Preise gab und dass die Schule zwar nicht den Hauptpreis, aber den Sonderpreis der Jury gewonnen hat.

**6.3.9 Programm "Mittagspause PLUS" - Standards -
2454/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Auf Grund der kurzfristigen Vorlage möchte man ggfs. zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurück kommen.

**6.3.10 Kultur und Schule
2075/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.11 Platzkontingente der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich
2549/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.12 Mitteilung der Verwaltung zur gewaltsamen Auseinandersetzung mit Todesfolge an der Gustav-Heinemann-Hauptschule in Köln-Seeberg
2594/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.13 Herkunftssprachlicher Unterricht an der Henry-Ford-Realschule Karl-Marx-Allee
2630/2011**

Die Mitteilung an den Integrationsrat wird auf Wunsch von RM Frau Lüttig dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben.

**6.3.14 Stellen Schulsozialarbeit
2606/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

6.4 Mitteilung über den Sachstand der Schulbausanierung

**Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau
2651/2011**

Der Sachstandsbericht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln wurde vorab zur Verfügung gestellt. Er wird zur Kenntnis genommen.

7 Anfragen

Frau Senol, Fraktion Die Linke, fragt an: 600 Kinder wurden zum neuen Schuljahr in der Gesamtschule abgewiesen. Was unternimmt die Verwaltung, um diesen Kindern zu helfen?

Frau Dr. Klein antwortet, dass die große Nachfrage im Bereich Gesamtschulen mit der neuen Gesamtschule in Nippes und durch die Gemeinschaftsschulen gedeckt werden soll.

Frau Senol, fährt fort: „Kein Kind muss mehr eine Sonderschule besuchen, wenn seine Eltern das nicht wollen.“ Das verspricht eine UN-Konvention seit 2 Jahren. Wie ist das in Köln? Wie viele Widersprüche von Eltern gibt es dagegen? Wie hoch ist der Anteil der Migranteneltern?

Frau Köster-Legewie sagt dazu, dass man für jedes Kind, dessen Eltern einen Platz in der Regelschule wünschen, einen Schulplatz sucht. Eltern-Widersprüche sind der Verwaltung in diesem Zusammenhang bisher nicht bekannt geworden. Es wird allerdings nicht für jedes Kind einen Platz geben an der Schule, wo es angemeldet wurde.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund keine

statistische Größe ist und daher nicht erfasst wird. Es gibt eventuell Zahlen von denen, die keinen deutschen Pass haben, aber das ist ja nur eine Teilmenge davon.

Frau Lüttig, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, fragt dazu, wie man eine Planung von Inklusion bewältigen will, wenn keine verlässlichen Zahlen dazu vorliegen.

Darauf antwortet Frau Köster-Legewie, dass die Gutachten dazu gerade noch eintreffen und zu Beginn des neuen Schuljahres die entsprechenden Zahlen vorliegen müssten.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, reicht zum Thema „Einstellung von Sekretärinnen und Sekretären an Kölner Schulen“ eine schriftlich ausformulierte Fragenliste zur Beantwortung in der nächsten Sitzung ein: Die zunehmende Arbeitsdichte und der vielfältige Software-Einsatz an Kölner Schulen stellen neue qualitative und quantitative Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulsekretariaten. Bei Fehlzeiten in den Sekretariaten sind Landesbedienstete nach Auskunft der Personalräte nicht verpflichtet, dort anstehende Arbeiten und Bereitschaften zu übernehmen. Darum bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

- (1) Über welche Ausbildung müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulsekretariaten verfügen?
- (2) Was unternimmt die Stadt Köln, um qualifiziertes Personal für Kölner Schulen zu gewinnen?
- (3) Inwieweit sind die Stundenkontingente der Sekretärinnen und Sekretäre an Kölner Schulen an die zunehmenden Aufgaben (u.a. offener und gebundener Ganztage, Bildungspaket) angepasst worden?
- (4) Welche Kompensationsmöglichkeiten sind bei Erkrankungen und Fehlzeiten bis zu drei Wochen vorgesehen?
- (5) Welche Fortbildungsmaßnahmen stellt die Stadt Köln für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kölner Schulen zur Verfügung?
- (6) Wann sind zuletzt die Arbeitsverträge der Sekretärinnen und Sekretäre an die veränderten Aufgabenbereiche angepasst worden und welche Änderungen sind erfolgt?
- (7) Inwieweit werden die beweglichen Ferientage auf die vertraglich festgelegten Urlaubstage der städtischen Bediensteten an Schulen angerechnet?
- (8) Wie steht die Verwaltung zu freien Tagen als Ersatz für nicht stattfindende Betriebsausflüge?
- (9) Welche Arbeitszeiten gelten für die städtischen Angestellten an Weiberfastnacht und am Karnevalsdienstag?
- (10) In welchem Rahmen sind städtische Angestellte an Kölner Schulen verpflichtet, vereinzelt Überstunden (z.B. beim Versand von Zeugnissen für nicht versetzte Schülerinnen und Schüler, an Tagen der offenen Tür, beim Kopieren von zentralen Aufgaben beim Abitur oder bei der Ausfertigung von beglaubigten Abiturzeugnissen) gegen Freizeitausgleich zu leisten?

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, hat eine Nachfrage zu den zurückgenommenen Kürzungen vom Land und möchte wissen, ob die Stadt Köln die entsprechenden Beträge dann auch zur Verfügung erstattet bekommt.

Dazu führt Frau Dr. Klein aus, dass dies die Kürzungen der Förderung aus dem Weiterbildungsgesetz betrifft. Das sind für Köln 344.000,00 Euro.

Frau Hammelrath ergänzt, dass sie dieses Geld gerne bei der VHS nur für Honorare für das Programm investieren möchte.

Frau Dr. Klein sagt, dass die verwaltungsinternen Gespräche über die Verwendung des Geldes gerade geführt werden. Während das Fachamt die Reinvestition in Bildung fordert möchte die Kämmerei mit diesem Geld einen Zuschussbedarf an anderer Stelle in der Stadt decken.

8 Verschiedenes

Manderla

Bernecker

Vorsitzende

Schriftführer

Anlagen:

-Anlage 1: Stand der Dinge in Höhenberg Vingst (zu TOP 0.3)

-Anlage 2: Unterstützungsangebote im Umgang mit auffälligen Schülern (Antwort der Verwaltung zu TOP 3.2.7)

-Anlage 3: Bäderkonzept (zu TOP 5.4)

Manderla
Vorsitzende

Bernecker
Schriftführer